



## Inhaltsverzeichnis

21.06.2025	umweltfairaendern.de: Atommülllager ASSE: Absaufen lassen statt zurück holen?	3
22.06.2025	umweltFAIRaendern.de: Bundestag: Linksfraktion setzt Atomtransporte von Jülich nach Ahaus auf die Tagesordnung	4

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 [umweltfairaendern.de](https://www.umweltfairaendern.de)

## Atommülllager ASSE: Absaufen lassen statt zurück holen?

21. Juni 2025 14:49 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert

21. Juni 2025

Wird die Rückholung des **Atommülls** in der ASSE gestoppt? Der dortige Salzstock droht abzusaufen. Da die Folgen für Mensch und Umwelt durch eine unterirdische Ausbreitung der Radioaktivität als zu riskant beurteilt worden war, sollte die Rückholung laut einem Bundesgesetz vorangetrieben werden. Nun hat die zuständige Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) aber angekündigt, die Rückholung zu beenden. Der Landkreis Wolfenbüttel verlangt jetzt Antworten.

ASSE Betreiber muss sich dem Landkreis stellen

20-06-2025: Presseinformation: Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) nimmt Stellung zu offenen Fragen zur Rückholung des **Atommülls**

Auf einer Veranstaltung am 8. Mai hat die Geschäftsführerin der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) Iris Graffunder in Schöppenstedt – für alle Zuhörerinnen und Zuhörer überraschend – die faktische Abkehr von der möglichst schnellen Umsetzung der Rückholung des **Atommülls** aus dem maroden Salzbergwerk ASSE verkündet.

Auf der einen Seite wird offensichtlich nicht mehr nach Möglichkeiten gesucht, wie die Umsetzung der Rückholung beschleunigt werden könnte, sondern im Gegenteil: Mit dem Abteufen eines neuen, notwendigen 2. Schachtes soll laut Graffunder erst begonnen werden, wenn alle Genehmigungen bis hin zur eigentlichen Rückholung erteilt sind. Demzufolge wird der für Ende d.J. angekündigte neue Zeitplan einen Starttermin für die Rückholung beinhalten, der deutlich später als bisher – für 2033 prognostiziert – liegen wird.

Auf der anderen Seite wurde auf derselben Veranstaltung eine Konsequenzenanalyse vorgestellt, deren Ergebnis ist, dass bei einem Verbleib des **Atommülls** im Bergwerk und bei einer Umsetzung der Notfallvorsorgemaßnahmen die gesetzlichen Grenzwerte für die Belastung der umliegenden Bevölkerung angeblich nicht nur eingehalten werden können, sondern sogar unter den Werten bei dem Szenario Rückholung liegen.

Beide Aussagen werfen eine Reihe von Fragen zum gesetzlichen Auftrag gemäß „Lex Asse“ auf.

Vertreterinnen und Vertreter der BGE haben jetzt zugesagt, im Rahmen der nächsten Sitzung des Umweltausschusses am 23.06.2025 Stellung zu mehreren Fragen zu nehmen, die der Landkreis mit Unterstützung von Herrn Dr. Gellermann (Nuclear Control Consulting GmbH) vorab an die BGE gesandt hat.

Die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses des Landkreises Wolfenbüttel beginnt am Montag, 23.06.25 um 18.30 h im Gr. Sitzungssaal, Bahnhofstraße 11, Wolfenbüttel Verwandte Nachrichten 23.06.2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 [umweltFAIRaendern.de](http://umweltFAIRaendern.de)

## Bundestag: Linksfraktion setzt Atomtransporte von Jülich nach Ahaus auf die Tagesordnung

22. Juni 2025 23:54 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert

22. Juni 2025

Die geplanten Risiko-Transporte mit hoch radioaktivem Atommüll quer durch NRW von Jülich nach Ahaus werden in der kommenden Woche auf Antrag der Linksfraktion den Bundestag und den Umweltausschuss befassen. Am Donnerstag, so die vorläufige TO des Bundestags, soll der Antrag im Rahmen einer Debatte von der Linksfraktion eingebracht und auch Thema im Umweltausschuss werden.

Der Antrag der Linksfraktion stammt von der aus Steinfurt/Kr. Borken stammenden Bundestagsabgeordneten Mareike Hermeier in NRW, unweit von Ahaus bei Münster (alles klar?). Sie ist die neue atompolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Hubertus Zdebel, Vorstandsmitglied und atompolitischer Sprecher der Linken in NRW: „Es geht bei den Transporten mit den hoch radioaktiven Abfällen um enorme Risiken“. Insgesamt „bis zu 152 gefährliche, teure und unnötige Transporte von hochangereichertem Atommüll von Jülich nach Ahaus (sollen) quer durch NRW“ rollen. Deswegen hat

„unsere Bundestagsfraktion in dieser Woche in Absprache mit dem Landesvorstand der Linken in NRW einen Antrag mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht“. (Auch die Gewerkschaft der Polizei betrachtet die Transporte als unverhältnismäßig, siehe unten)

Seit Jahren laufen hinter den Kulissen massive Kontroversen um den Umgang mit dem brisanten **Atom Müll**. Die schwarz grüne Landesregierung in NRW hatte vereinbart, dass „unnötige **Atomtransporte**“ vermieden werden sollten und sich damit für den Verbleib des **Atom Mülls** in Jülich ausgesprochen. Die Ampel-Bundesregierung hatte als Reaktion darauf, mit dem Votum der Grünen im Bundesumweltministerium und im Haushaltsausschuss, darauf erklärt, dass NRW dann die Kosten für ein neues Zwischenlager vollständig allein bezahlen müsste. Nun wächst der Druck, dass angesichts der enormen Gefahren und der vermutlich unmittelbar bevorstehenden Genehmigung für die **Atomtransporte** durch das „**Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung**“ doch in Jülich bleiben könnte. Ein weiteres **Atom**-Thema steht ebenfalls auf der Agenda des Bundestags bzw. des Umweltausschusses: Die mögliche Erweiterung der Uranfabrik in Lingen, wo künftig mit Unterstützung des russischen Atomkonzerns Rosatom Uran-Brennelemente hergestellt werden sollen: Grüner Antrag im Bundestag gegen **Atomkooperation** mit russischem Konzern in Lingen – Westinghouse beliefert AKW Temelin

Auf der Homepage des Bundestags ist mit Blick auf die kommende Sitzungswoche zu lesen: „Die Abgeordneten des Bundestages befassen sich am Donnerstag, 26. Juni 2025, mit **Atomtransporten**. Konkret soll den Parlamentariern ein Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Keine unnötigen **Atomtransporte** mit hoch radioaktivem Abfall aus Jülich ins Zwischenlager Ahaus“ zur Beratung vorgelegt werden. Nach der ersten Lesung soll die Vorlage zur Federführung an den Ausschuss für nukleare Sicherheit überwiesen werden. (eis/20.06.2025)“ Die Linksfraktion bringt gerade auch eine weitere Kleine Anfrage auf den Weg. Titel „Stand der Räumungsoptionen des **Atom Mülls** aus Jülich und Sicherheit des Zwischenlagers Ahaus“. Die Anfrage dürfte ebenfalls in der kommenden Woche bei der Bundesregierung auflaufen.

Auch das Grün-geführte Wirtschaftsministerium in NRW hat zuletzt als Reaktion auf den wachsenden Druck von Linken und Anti-**Atom**-Gruppen noch mal reagiert und versucht nach langen Monaten des Abwartens nun die unnötigen **Atomtransporte** noch mal im Rahmen von Gesprächen mit der Bundesregierung zu verhindern. Ziel ist es, in Jülich selbst ein neues Zwischenlager zu errichten, um die Sicherheitsanforderungen zu vor Ort zu verbessern. Der Neubau eines Lagers könnte teurer kommen, würde aber enormen Sicherheitsrisiken in Verbindungen mit den **Atomtransporten** vermeiden. Dazu soll ebenfalls schon in den nächsten Tagen ein Gespräch beim Forschungsministerium stattfinden.

Siehe dazu auch diese PM von „Westcastor“ und Sofa, die unten auch gleich dokumentiert ist.

Auch die Polizei selbst sprach zuletzt von einer „unverhältnismäßigen“ Entscheidungen der Politik, diese Transporte einfach durchzusetzen:

In den Streit um die Zukunft der 152 Jülicher Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln kommt anscheinend Bewegung. Die Aachener Zeitung berichtet unter Berufung auf

das Bundesforschungsministerium, dass neue Gespräche zwischen den beteiligten Bundesministerien und dem Land NRW geplant seien. Ende Mai hatte NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) im Landtag bekanntgegeben, dass sie zusammen mit dem Chef der NRW-Staatskanzlei, Nathanael Liminski (CDU), die Bundesregierung um solche Gespräche gebeten habe.

Die Aachener Zeitung berichtet ferner, dass wichtige Streitpunkte der geplante Ankauf von zwei Grundstücken zum Bau eines neuen, zeitgemäßen Zwischenlagers in Jülich sowie die bereits 2014 erlassene Räumungsanordnung für das bisherige Zwischenlager in Jülich seien. Der Bund und NRW hatten sich in den letzten Wochen und Monaten gegenseitig die Verantwortung für die ungelöste **Atommüllfrage** in Jülich zugeschoben. Die Anti-Atomkraft-Initiativen fordern seit langem den Neubau eines zeitgemäßen Zwischenlagers in Jülich, um **Atommülltransporte** quer durch NRW zu vermeiden.

Dass nun anscheinend erstmal eine politische Pause-Taste im Castor-Verfahren gedrückt wurde, bestätigt indirekt auch ein aktuelles Schreiben des Bundesumweltministeriums an die Initiative SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster. Darin heißt es unter anderem, dass das für die Transportgenehmigung zuständige **Bundesamt BASE** vor einer Entscheidung zunächst das Bundesumweltministerium „beteiligen“ werde. Ein Alleingang des **BASE** scheint damit ausgeschlossen. „Wir begrüßen, dass es nun endlich zu Gesprächen zwischen dem Bund und NRW kommen soll. Genau das fordern wir schon seit Jahren und wir erwarten, dass die beteiligten Ministerien nun konstruktiv und zielorientiert verhandeln. Für uns ist klar: Der **Atommüll** wurde in staatlicher Verantwortung hier in Jülich produziert und sollte deshalb auch hier solange gelagert werden, bis es in einigen Jahrzehnten ein **Endlager** für hochradioaktiven **Atommüll** gibt. Alle beteiligten Ministerien müssen die sicherste Option wählen – und das ist eindeutig der Neubau eines Zwischenlagers hier vor Ort“, erklärte Marita Boslar vom Jülicher Aktionsbündnis „Stop Westcastor“. „In der jetzigen Sicherheitslage wäre es unverantwortlich, mit großem Polizeiaufwand dutzende Male hochradioaktiven **Atommüll** wie auf dem Präsentierteller über die Autobahnen von NRW zum Zwischenlager Ahaus zu fahren. Auch in Ahaus läuft die Lagergenehmigung für hochradioaktiven **Atommüll** bereits in wenigen Jahren aus. Das Grundproblem ist doch, dass es für **Atommüll** weiterhin keine dauerhafte **Entsorgungsmöglichkeit** gibt. Deshalb bringen aufwendige Castor-Transporte zwar viele Risiken und Sicherheitsgefahren, aber keine Lösung in der entscheidenden **Entsorgungsfrage**. Ziel der Gespräche zwischen Bund und Land muss es sein, die gefährlichen und sinnlosen **Atommülltransporte** quer durch NRW zu verhindern“, ergänzte Burkhard Helling von der Bürgerinitiative „Kein **Atommüll** in Ahaus“.